

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **öffentlich**

Über die Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt am, Montag, 07.11.2011,  
Beginn: 18:30 Uhr, Ende: 19:30 Uhr , Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

---

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

---

### **Vorsitzender**

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

### **CDU**

Herr Wolfram Gothe

Frau Eva Gredel

Herr Bernd Kieser

Herr Christian Mildenberger

### **SPD**

Frau Gabriele Rösch

Herr Roland Schnepf

Herr Hans Zelt

### **FW**

Herr Werner Fuchs

Herr Jens Gredel

### **GLB**

Herr Klaus Tribskorn

### **Sonstige Teilnehmer**

Herr Klaus Beß

Herr Lothar Ertl

Herr Hans Faulhaber

Frau Ulrike Grüning

Herr Reiner Haas

Frau Heidi Sennwitz

### **Schriftführer**

Herr Holger Koger

### **Abwesend**

Herr Robert Ganz

Herr Uwe Schmitt

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom 31.10.2011 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 04.11.2011 ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 7 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

**TOP: 1 öffentlich**  
**Errichtung einer Dachgaube**  
**Baugrundstück: Flst. Nr. 4363/2, Fasanerie 2**  
2011-0159

**Beschluss:**

Zum Bauvorhaben wird das Einvernehmen der Gemeinde Brühl gemäß §§ 31, 36 BauGB erteilt.

Es darf kein weiteres Vollgeschoss entstehen.  
Die Breite der Dachgaube darf maximal 70% der Gebäudebreite betragen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

dafür	11
dagegen	--
Enthaltungen	--

**TOP: 2 öffentlich**  
**Errichtung eines Carports, eines behindertengerechten Außenaufzuges und einer Rampeanlage**  
**Baugrundstück: Flst. Nr. 1359/1, Brühler Straße 61**  
2011-0157

**Beschluss:**

Zum Bauvorhaben wird das Einvernehmen der Gemeinde Brühl gemäß §§ 34, 36 BauGB erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

dafür	11
dagegen	--
Enthaltungen	--

**TOP: 3 öffentlich**

**Neubau eines Einfamilienhauses**

**Baugrundstück: Flst. Nr. 4666/2, Buchenstraße 1e**

2011-0162

**Beschluss:**

Zum Bauvorhaben wird das Einvernehmen der Gemeinde Brühl gemäß §§ 31, 36 BauGB erteilt.

Die Festsetzungen des Bebauungsplans, u.a. hinsichtlich der Grünordnung, sind einzuhalten.

Es wird auf die Pflicht zur Versickerung gemäß § 45 b Absatz 3 Wassergesetz Baden-Württemberg hingewiesen.

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	10
dagegen	0
Enthaltungen	1

**Diskussionsbeitrag:**

Gemeinderat Tribskorn erläutert, dass er sich enthalten werde, da er die massiven Abweichungen kritisch sehe. Es habe Gründe, warum ein Bebauungsplan in einer bestimmten Art und Weise aufgestellt werde und jetzt werde massiv gegen diesen verstoßen.

Ortsbauamtsleiter Haas erklärt, dass für die Baukörper in der beantragten Lage bereits ein Bauvorbescheid erteilt worden sei. Zudem müsse das gesamte Grundstück gesehen werden. Die das Baufenster überschreitenden Flächen würden kompensiert, indem innerhalb des Baufensters Flächen freigehalten würden.

**TOP: 4 öffentlich**

**Neubau eines Einfamilienwohnhauses**

**Baugrundstück: Flst. Nr. 4666/4, Buchenstraße 1c**

2011-0158

**Beschluss:**

Zum Bauvorhaben wird das Einvernehmen der Gemeinde Brühl gemäß §§ 31, 36 BauGB erteilt.

Die Festsetzungen des Bebauungsplans, u.a. hinsichtlich der Grünordnung, sind einzuhalten.

Es wird auf die Pflicht zur Versickerung gemäß § 45 b Absatz 3 Wassergesetz Baden-Württemberg hingewiesen.

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	10
dagegen	0
Enthaltungen	1

**TOP: 5 öffentlich**  
**Errichtung eines geothermischen Kraftwerkes**  
**Baugrundstück: Flst. Nr. 4867, Wiesenplätz**  
2011-0160

**Beschluss:**

Das Einvernehmen zur Verlängerung des Bauvorbescheids wird gemäß §§35, 36 BauGB erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür	4
dagegen	7
Enthaltungen	0

**Diskussionsbeitrag:**

Bürgermeister Dr. Göck weist darauf hin, dass beim vorliegenden Antrag auf Verlängerung des Bauvorbescheids nur die oberirdischen Gebäude und nicht die Bohrungen zu beurteilen seien und daher lediglich nach Bauplanungsrecht zu entscheiden sei.

Gemeinderat Kieser erinnert daran, dass die Gemeinderäte gemeinsam in Stuttgart gewesen seien um ein Moratorium zu erreichen, damit die Ergebnisse von Landau in die Entscheidung über das Brühler Geothermiekraftwerk einfließen können. Die CDU-Fraktion halte das Moratorium weiterhin für sinnvoll. Er erläutert, dass der Pachtvertrag bei heutigem Kenntnisstand nicht geschlossen worden wäre. Bei Vertragsschluss habe es die Probleme in Landau allerdings noch nicht gegeben. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion ein politisches Zeichen setzen wolle und daher das Einvernehmen zur Verlängerung des Bauvorbescheids verweigere. Er weist allerdings auch darauf hin, dass man nicht wissen könne, wie das Landratsamt als übergeordnete und letztlich entscheidende Behörde mit dem Antrag umgehe.

Gemeinderat Schnepf erinnert daran, dass dies einen Rückzug der CDU-Fraktion von der ursprünglichen Meinung bedeute. Er erläutert, dass auch die SPD-Fraktion den Pachtvertrag mit dem jetzigen Kenntnisstand nicht abgeschlossen hätte. Beim vorliegenden Antrag sei allerdings nur zu entscheiden, ob ein Anspruch auf Verlängerung des Bauvorbescheids bestehe, was der Fall sei. Man solle sich nicht dazu verleiten lassen gegen Rechtsvorschriften zu verstoßen, auch wenn die Baurechtsbehörde das Einvernehmen ersetzen könne und werde. Er spricht sich dafür aus, das Einvernehmen zu erteilen, da ein Rechtsanspruch bestehe.

Gemeinderat Fuchs erläutert, dass die Meinung der Freien Wähler bekannt sei. Der Erteilung des Einvernehmens werde daher nicht zugestimmt. Die Freien Wähler seien von Anfang an gegen das Geothermiekraftwerk gewesen.

Bürgermeister Dr. Göck belegt jedoch, dass dies gerade nicht von Anfang an der Fall

gewesen ist, da die Freien Wähler bei den ersten Abstimmungen im Februar 2008 für die Erteilung des Einvernehmens zu dem Bauvorbescheids und grundsätzlich für den Abschluss eines Pachtvertrags mit GeoEnergy gestimmt haben. Zunächst sei die Sache einstimmig auf den Weg gebracht worden und die weiteren Entscheidungen ab April 2008 seien jeweils mit einer breiten Mehrheit aus CDU und SPD gefallen.

Gemeinderat Tribskorn erinnert daran, dass durch die Vorkommnisse in Landau Meinungswechsel stattgefunden hätten. Er ist der Ansicht, dass das Thema im Gemeinderat behandelt hätte werden sollen. Zudem erkundigt er sich, ob der Gemeinderat über das Zielabweichungsverfahren beraten habe und warum kein Bebauungsplan aufgestellt worden sei.

Bürgermeister Dr. Göck erläutert, dass es sich hier um Außenbereich gemäß § 35 BauGB handle und ein Zielabweichungsverfahren sowie eine Änderung des Flächennutzungsplans durchgeführt worden seien. Alle betroffenen Behörden seien beteiligt worden.

Gemeinderat Gredel erläutert, dass die Tiefengeothermie nach den letzten Presseberichten noch nicht ausgereift sei. Im gesamten Gemeinderat solle ein Umdenken stattfinden. Er weist darauf hin, dass die Freien Wähler den Pachtvertrag mit GeoEnergy letztendlich mit vier Stimmen abgelehnt haben.

#### **TOP: 6      öffentlich** **Informationen durch den Bürgermeister**

- keine -

#### **TOP: 7      öffentlich** **Fragen und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses**

Gemeinderätin Sennwitz fordert die Verbesserung der Verkehrssituation bei der Ausfahrt aus der Trendfabrik.

Gemeinderätin Grüning fragt, ob an der Einmündung Fasanerie/Rohrhofer Straße eine Fußgängerüberquerung möglich sei.

Ordnungsamtsleiter Faulhaber erklärt, dass es schon mehrfach Überlegungen hinsichtlich der Anzahl der Querungen gegeben habe, es für einen Fußgängerüberquerung jedoch keine rechtliche Grundlage gebe.

Gemeinderat Beß erkundigt sich hinsichtlich der geplanten Ortsbegehung der Grundstücke „Hofäcker 23 und 25“, für die eine Änderung des Bebauungsplans erfolgen soll.

Ortsbauamtsleiter Haas erläutert, dass dieser nach Vorlage des Bebauungsplan-Entwurfs durchgeführt werde.

**TOP: 8      öffentlich**  
**Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

Herr Peters bedankt sich bei der CDU-Fraktion für die Versagung des Einvernehmens hinsichtlich der Verlängerung des Bauvorbescheids für die Errichtung des Geothermiekraftwerks. Das Bauvorhaben solle verhindert werden und dazu sollte auch die kleinste Möglichkeit ergriffen werden. Der Gemeinderat solle die Interessen der Brühler Bürger vertreten.

Bürgermeister Dr. Göck erläutert, dass das Risiko abgeschätzt werden könne, wenn die Schichten bekannt seien. Dann erst könne ein weiterer Schritt der Genehmigung durch das Bergamt erfolgen. Keiner halte am Projekt fest, jedoch müssten die Folgen für die Gemeinde beachtet werden und hierzu gebe es unterschiedliche Ansichten.

Herr Hünigerle teilt mit, dass ein Verwaltungsrechtler ihm die Auskunft gegeben habe, das Geothermie-Projekt sei kein privilegiertes Vorhaben im Sinne von § 35 Baugesetzbuch und die neu erforderliche Genehmigung könne daher versagt werden. Er betont auch, dass die Sicherheit für die Bürger höchste Priorität haben solle.

Bürgermeister Dr. Göck antwortet, dass die Sicherheit der Bürger bei allen Ratsmitgliedern die höchste Priorität habe und das Risiko minimiert werden solle.